

über die 13. Sitzung des Mobilitätsausschusses der
Stadt Landau in der Pfalz
am Mittwoch, 27.10.2021,
Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00 Ende: 19:35



<u>Anwesenheitsliste</u>

Bündnis 90/Die Grünen	
Jennifer Follmann	Vertreterin von Herrn Julius Baur
Felix Gerig	
Kim Neumann	
Lea Saßnowski	Vertreterin von Frau Lea Heidbreder
<u>CDU</u>	
Cyrus Bakhtari	
Oliver Blanz	
Bernhard Löffel	
<u>SPD</u>	
Hermann Demmerle	Vertreter von Frau Lisa Rocker
Dominic Scheid	
Armin Schowalter	
<u>FWG</u>	
Aniello Casella	
Hermann Eichhorn	
<u>FDP</u>	
Carsten Triebel	
<u>Die LINKE</u>	
Moritz Ranalder	
Pfeffer und Salz	

Andrea Kleemann Vertreterin von Frau Marianne Brunner



beratendes Mitglied Dieter Wörle Vorsitzender Lukas Hartmann <u>Berichterstatter</u> Ralf Bernhard Stefan Grewenig **Christopher Schmidt** Johanna Trauth **Sonstige** Andreas Boltz Verterter des Beirates für Menschen mit Behinderung Susanne Brunck Vertreterin des Beirates für Menschen mit Behinderung Schriftführer/in Brigitte Schlösser Vertreterin von Frau Dausch **Entschuldigt** Bündnis 90/Die Grünen vertreten von Frau Jennifer Follmann **Julius Baur** Dr. Lea Heidbreder vertreten von Frau Lea Saßnowski <u>CDU</u> Dr. Andreas Hülsenbeck unentschuldigt; vertreten durch Herrn Löffel

<u>SPD</u>



Lisa Rocker vertreten von Herr Hermann Demmerle

Pfeffer und Salz

Marianne Brunner vertreten von Frau Andrea Kleemann

beratendes Mitglied

Suhila Algmati

Fabian Eyer



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

<u>Tagesordnung</u>

Öffentliche Sitzung

- 1. Einwohnerfragestunde
- 2. Neugestaltung der Bushaltestellen im Westring Vorlage: 660/254/2021
- 3. Ausbau und Modernisierung der Waffenstraße Vorlage: 660/264/2021
- 4. Verlängerung des VRNnextbike-Vertrages Vorlage: 660/287/2021
- 5. Informationsvorlage zur Fußgängerzone Zulässigkeit von Ausnahmegenehmigungen nach § 46 Abs. 1 StVO Vorlage: 320/037/2021
- 6. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Ein wohner fragest unde



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Neugestaltung der Bushaltestellen im Westring

Der Vorsitzende rief die Sitzungsvorlage auf, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er merkte an, dass die geplante Neugestaltung ein weiterer Baustein zur Verbesserung des ÖPNV darstelle und im Hinblick auf den Landau-Takt eine notwendige Maßnahme sei. Für die weiteren Erläuterungen gab er das Wort an Herrn Bernhard.

Herr Bernhard informierte anhand des Lageplans über die Neugestaltung der Bushaltestellen im Bereich des Otto-Hahn-Gymnasiums. Er erläuterte, dass die derzeitigen Bushaltestellen zu den Stoßzeiten stark frequentiert werden und den Verkehrsfluss im Westring behindern, was zu erheblichem Rückstau führt. Durch die Neugestaltung der Bushaltestellen kann die Leistungsfähigkeit erhöht werden. Durch die Einrichtung von Busbuchten werden die Fahrbahnen freigehalten und der Kfz-Verkehr nicht beeinträchtigt. Auch mit der Einführung des Landau-Takts, was eine Mehrung von Buslinien mit sich bringen werde, werden diese Haltestellen stärker beansprucht werden.

Durch die Neugestaltung der Busbucht auf der Ostseite entfallen die vorhandenen 20 Parkplätze. Die Busbucht hat eine Länge von ca. 40 m und kann zwei Busse gleichzeitig aufnehmen. Die Busbucht auf der Westseite hat die gleiche Länge, ist in nördlicher Richtung versetzt und beginnt im Kreuzungsbereich Westring / Langstraße. Hier werden neun Parkplätze entfallen. Die verbleibenden Schrägparkplätze werden zu Längsparkplätze umgestaltet. Die vorhandene Querungshilfe für Fußgänger entfällt, eine neue Querungshilfe wird zwischen den neuen Busbuchten eingerichtet.

Als Ersatz für den Zebrastreifen im Kreuzungsbereich der Badstraße, der durch seine hohe Auslastung den Verkehrsfluss im Westring mindert, wird geprüft, ob eine Bedarfsampel für Fußgänger die Situation verbessern kann.

Der Förderantrag für die Umgestaltung wird eingereicht. Das Land fördert diese Maßnahme mit 85 % der förderfähigen Kosten. Ein Förderbescheid steht derzeit noch aus. Der Maßnahmenbeginn wird erst nach Erteilung des Förderbescheids erfolgen.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Herrn Bernhard für seine Erläuterungen und fügte hinzu, dass durch die Umgestaltung vor allem die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler erhöht werde. Des Weiteren werde, im Hinblick auf den Landau-Takt, eine leistungsfähigere Anbindung des ÖPNV zur nahegelegenen Innenstadt geschaffen.

Herr Casella, FWG, merkte an, dass diese Maßnahme erneut zu Verlust von insgesamt 29 Parkplätzen führe. Dies sehe er sehr kritisch. Im Gegenzug sollte geprüft werden, ob das Parken im Bereich der Badstraße ermöglicht werden kann. Des Weiteren fragte er nach, warum die Busbuchten auf der Ostseite nicht in der gleichen Höhe wie auf der Westseite eingerichtet werden könnten, wo sich derzeit auch der Bushaltepunkt befinde.

Der Vorsitzende merkte an, dass im Bereich der Badstraße ein Parken auf dem Gehweg nicht möglich sei, da der Gehweg keine ausreichende Breite aufweise. Weiter führte er aus, dass sich im Bereich des aktuellen Bushaltepunkts auf der Ostseite die Zufahrt für die Anlieferung der Holzhackschnitzel für die Beheizung der Schule und einzelner Dienstgebäude befinde. Dieser muss freigehalten werden.



Herr Scheid, SPD, fragte nach, ob die Fußgängerbedarfsampel im Kreuzungsbereich der Badstraße bereits beschlossen sei und in jedem Fall installiert werde.

Herr Bernhard entgegnete, dass zunächst die Leistungsfähigkeit zu prüfen sei.

Herr Löffel, CDU, fragte nach wie oft eine Anlieferung der Holzhackschnitzel vorkäme.

Der Vorsitzende beantworte dies, dass während der Heizperiode bis zu dreimal die Woche eine Anlieferung stattfinde. Über die Sommermonate natürlich weniger.

Herr Triebel, FDP, merkte an, dass er im Bereich der zukünftigen Querungshilfe einen Zebrastreifen für sinnvoll erachte.

Herr Bakhtari, CDU, gab für seine Fraktion ein Statement ab, dass diese die Sitzungsvorlage in dieser Form nicht mittragen könne und heute bei der Abstimmung diese ablehnen werde.

Herr Gerig, Bündnis 90 / Die Grünen, fragte nach, ob ein Ausgleich für die wegfallenden Parkplätze geschaffen werde.

Herr Bernhard, informierte, dass in den Busbuchten kurz zum Ein- oder Aussteigen angehalten werden darf. Ein Bus habe aber immer Vorrang. Des Weiteren verwies er auf die Parkplätze in der umliegenden näheren Umgebung.

Herr Casella, FWG, entgegnete, dass er im Bereich des OHG wohne und die Parkplatzsituation deshalb gut kenne. Diese seien stark frequentiert und ein Ausgleich der wegfallenden Parkplätze sei dringend notwendig.

Herr Löffel, CDU, fragte nach, ob die wegfallenden Parkplätze nicht im Bereich der Turnhalle des OHG kompensiert werden könnten.

Der Vorsitzende führte aus, dass dies aufgrund der genannten regelmäßigen Anlieferung der Holzhackschnitzel nicht möglich sei. Der Bereich muss ungehindert zugänglich sein.

Frau Saßnowski, Bündnis 90 / Die Grünen, erläuterte, dass diese Maßnahme für Sie eine gute Lösung darstelle, zum einen für die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler und zum anderen werde auch dem Verkehrsfluss im Bereich des Westrings Rechnung getragen.

Herr Schowalter, SPD, resümierte, dass er der Neugestaltung der Bushaltestellen positiv gegenüberstehe, dies für ihn eine gute Lösung sei und er der Vorlage zustimmen werde.

Herr Gerig, Bündnis 90 / Die Grünen, äußerte sich ebenso positiv zu dieser Maßnahme. Es werde hierdurch der Umstieg auf den ÖPNV durch die Nähe zur Innenstadt erleichtert. Dies werde sich auch mit der Einführung des Landau-Taktes zeigen.

Frau Kleemann, Pfeffer und Salz, fragte nach, ob die Fußgängerampel immer durchlaufe.



Herr Bernhard, klärte auf, dass es sich um eine Bedarfsampel handle, die nur bei Drücken der Taste umspringe. Ansonsten sei diese dauerhaft grün für den Verkehr auf dem Westring.

Frau Kleemann, Pfeffer und Salz, bedankte sich für die Antwort.

Herr Scheid, SPD, fragte nach ob bei der Neugestaltung der Bushaltepunkte auch Warteplätze und Fahrgastinfos berücksichtigt werden. Darüber hinaus regte er an, dass in diesem Bereich auch eine VRN Nextbike Station realisiert werden könne. Bei einer Verlängerung des Vertrages bedeute dies auch zwei weitere Stationen im Stadtgebiet einrichten zu können.

Herr Casella, FWG, fragte nach, ob die östliche Busbucht nicht südlich der Kreuzung Badstraße hergestellt werden könne. Dadurch würden lediglich sechs Pkw-Stellplätze entfallen und nicht 20.

Herr Bernhard antwortete, dass dieser Bereich zu kurz sei und nur eine Busbucht für einen Bus möglich sei.

Herr Blanz, CDU, kritisierte die Überquerungshilfe zwischen den Busbuchten. Diese biete für die Schülerinnen und Schüler keine ausreichende Sicherheit.

Herr Ranalder, Die Linke, signalisierte seine Zustimmung für die Neugestaltung. Darüber hinaus sei er auch dafür eine VRN Nextbike Station dort zu realisieren. Die Station am alten Meßplatz sei seiner Meinung nach ein ungünstiger Standort. Er beobachte dort, dass nur selten Fahrräder ausgeliehen werden würden. Vielleicht sei es möglich einen Standort in der Nähe der Uni zu finden.

Frau Kleemann, Pfeffer und Salz, bedankte sich für die Ausführungen und signalisierte ihre Zustimmung zur Vorlage.

Herr Gerig, Bündnis 90 / Die Grünen, begrüßte die Neugestaltung, bezeichnete die Maßnahme als richtigen Schritt und signalisierte die Zustimmung zur Vorlage.

Herr Scheid, SPD, stellte ebenso heraus, dass die Maßnahme als positives Projekt zu bewerten sei und er der Vorlage zustimmen werde.

Nach dem keine weiteren Fragen und Anregungen aus dem Plenum kamen ließ der Vorsitzende über die Vorlage abstimmen. Der Mobilitätsausschuss stimmte bei fünf Gegenstimmen mehrheitlich der Vorlage zu.

Der Vorsitzende bedankte sich und schloss den Tagesordnungspunkt.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Neugestaltung der Bushaltestellen im Westring wird zugestimmt.
- 2. Der Prüfung einer Fußgängerampel an der Kreuzung Badstraße wird zugestimmt
- 3. Der Prüfung der Verlegung des Fußgängerüberweges wird zugestimmt



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Ausbau und Modernisierung der Waffenstraße

Der Vorsitzende rief den Tagesordnungspunkt 3 auf und führte in die Sitzungsvorlage, auf welche verwiesen wird, ein. Der Ausbau und die Modernisierung der Waffenstraße sei ein längst fälliger Schritt. Die Waffenstraße sei in die Jahre gekommen und an vielen Stellen, besonders im Bereich der Pestalozzischule, habe sich der Zustand der Straße massiv verschlechtert. In einem ersten Schritt zur Verkehrsberuhigung und Unterbindung des Kfz-Durchgangsverkehrs wurde eine Sperrung in Höhe der Einmündung der Langstraße eingerichtet. Dies habe seine Wirkung gezeigt. Mit dem Ausbau der Waffenstraße soll diese als Fahrradstraße mit Freigabe für den Kfz-Verkehr ausgewiesen werden. Die Waffenstraße ist Teil des Förderprogramms "Klimaschutz durch Radverkehr" wodurch sich eine Förderfähigkeit der Baukosten zur Verbesserung des Radverkehrs ergibt. Außerdem bildet die Waffenstraße im integrierten Mobilitätskonzept der Stadt Landau eine Vorrangroute für den Radverkehr ab. Für die weiteren Erläuterungen erteilte er das Wort an Herrn Bernhard.

Herr Bernhard informierte anhand des der Sitzungsvorlage beigefügtem Übersichtsplan die Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen. Die Kreuzungsbereiche Waffenstraße / Pestalozzistraße, Waffenstraße / Langstraße, Waffenstraße / Westbahnstraße und Waffenstraße / Reiterstraße / Wallstraße sollen gepflastert werden. Auf der Südseite des Kreuzungsbereiches Waffenstraße / Langstraße sind Poller vorgesehen, die im Bedarfsfall demontiert werden können. So werde der Durchgangsverkehr / Schleichverkehr von Pkw's unterbunden. Die übrigen Bereiche werden asphaltiert. Die gepflasterten Platzbereiche sollen zur Geschwindigkeitsreduzierung und Aufwertung des Straßenraumes beitragen. Die Fußgängerbedarfsampel an der Langstraße wird entfallen. Die bestehenden Straßenbäume bleiben erhalten, fünf weitere Baumstandorte sind eingeplant. Ca. 30 Kfz-Parkplätze bleiben erhalten. Darüber hinaus werden im gesamten Straßenverlauf neue Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen.

Herr Eichhorn, FWG, fragte nach ob wirklich alle vorhandenen Kfz-Parkplätze erhalten bleiben und ob im Bereich der Kreuzung Waffenstraße / Langstraße nicht auch versenkbare Poller denkbar wären.

Herr Bernhard bestätigte, dass sich die Anzahl der baulich hergestellten Kfz-Parkplätze nicht wesentlich reduzieren werde. Zur Frage der versenkbaren Poller erläuterte er, dass man damit in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht habe und sich deshalb dagegen entschieden hätte.

Herr Triebel, FDP, merkte an, dass nach der neuen Planung 16 Kfz-Parkplätze entfallen würden.

Herr Löffel, CDU, riet dazu an die Landauer Einzelhändler zu denken und ihre Kunden durch den Wegfall von nahen Parkmöglichkeiten nicht zu vergraulen.

Herr Ranalder, Die Linke, merkte an, dass eine Aufwertung der Waffenstraße dringend geboten ist. Er hob hervor, dass die Waffenstraße nach dem integrierten Mobilitätskonzept eine Vorrangroute für den Radverkehr sei und seiner Meinung nach gar kein Autoverkehr dort zugelassen werden sollte. Deshalb sollte doch jeder Kritiker mit der vorliegenden Lösung zufrieden sein.



Herr Schowalter, SPD, merkte an, dass er die Planung zur Neugestaltung der Waffenstraße sehr begrüße. Er lobte die Verwaltung für ihren Vorschlag.

Frau Saßnowski, Bündnis 90 / Die Grünen, schloss sich der Aussage von Herrn Schowalter an. Sie merkte aber an, dass durch den Wegfall der Fußgängerbedarfsampel der Kreuzungsbereich Waffenstraße / Langstraße sicher gestaltet werden muss. An dieser Stelle muss noch nachgearbeitet werden. Außerdem bat sie darum bei der Materialwahl der gepflasterten Flächen darauf zu achten, dass dieses rutschsicherer als dies an anderen Stellen im Stadtgebiet der Fall sei.

Der Vorsitzende erläuterte, dass momentan ein Zufahrtschutzkonzept erarbeitet wird. Ihm ist bewusst, dass in diesem Bereich eine Zufahrt zum Rathausplatz ungehindert möglich sei. Die Verwaltung wird dies im Rahmen der Erarbeitung des Zufahrtschutzkonzeptes aufgreifen und sicherlich zufriedenstellend lösen.

Herr Bakhtari, CDU, verlas ein Statement seiner Fraktion. Auch dieser Sitzungsvorlage könne heute nicht zugestimmt werden. Dies begründete er mit der Reduzierung von Kfz-Parkplätzen, das nicht hingenommen werden kann. In der Vergangenheit sind zu viele Kfz-Parkplätze weggefallen. Dies schwäche die Innenstadt mit seinem Einzelhandel und die Attraktivität der Stadt.

Der Vorsitzende entgegnete, dass seit seinem Amtsantritt als Verkehrs- und Mobilitätsdezernent mehr Kfz-Parkplätze entstanden als weggefallen sind. Die Haltung der CDU-Fraktion könne er nicht nachvollziehen.

Herr Boltz, Vertreter des Beirats für Menschen mit Behinderung, bat bei der weiteren Planung zu berücksichtigen, dass Kfz-Parkplätze für Behinderte in einer Einbahnstraße nicht auf der linken Fahrbahnseite angeordnet werden sollten. Dies erschwere den Fahrzeughaltern das ein- und aussteigen.

Herr Bernhard nahm die Anregung auf und versprach dies zukünftig zu berücksichtigen.

Frau Kleemann, Pfeffer und Salz, fand die Planung zur Modernisierung der Waffenstraße gut und signalisierte ihre Zustimmung zu der Vorlage.

Herr Scheid, SPD, bat um nochmalige Erläuterung bezüglich der Platzgestaltung im Bereich des Kreuzungsbereiches Waffenstraße / Langstraße.

Herr Casella, FWG, griff nochmals das Thema Kfz-Parkplätze auf und bezweifelte die Aussage, dass sich die Anzahl nicht wesentlich verringern würde, wenn man sich die Vorentwurfsplanung anschaue.

Herr Bernhard, erläuterte, dass man bei den Kfz-Parkplätzen unterscheiden müsse. Zum einen gäbe es baulich hergestellte Kfz-Parkplätze und zum anderen eingezeichnete Parkbuchten auf den Fahrbahnen. In der vorliegenden Planung sind nur die baulich hergestellten Kfz-Parkplätze umgesetzt. Dies ist im Vorentwurf so üblich.

Nachdem keine weiteren Fragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder gestellt wurden, ließ der Vorsitzende über die Vorlage abstimmen. Der Mobilitätsausschuss empfahl dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen bei zwei Enthaltungen und vier Gegenstimmen mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.



- Beschlussvorschlag:1. Der Neugestaltung der Waffenstraße nach Anlage 1 wird zugestimmt
- 2. Der Ausweisung als Fahrradstraße mit Freigabe für den Kfz-Verkehr wird zugestimmt



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Verlängerung des VRNnextbike-Vertrages

Die Sitzungsvorlage wurde zurückgestellt.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde der Ausschuss informiert.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Informationsvorlage zur Fußgängerzone - Zulässigkeit von Ausnahmegenehmigungen nach § 46 Abs. 1 StVO

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, und erteilte das Wort an Herrn Schmidt, Ordnungsamt.

Herr Schmidt gab anhand einer Power-Point-Präsentation einen Rückblick auf die letzte Sitzung des Mobilitätsausschusses und dem sich daraus ergebenden Arbeitsauftrag an die Verwaltung und den Mobilitätsausschuss. Er stellte die Ausnahmegenehmigungen nach § 46 StVO, vulnerable Gruppen und medizinische Versorgung, vor.

Er hob hervor, dass ein Schwerbehindertenausweis grundsätzlich keine Legitimation für eine Ausnahmegenehmigung im Sinne der StVO darstelle. Jedoch gebe es aber auch hier Ausnahmen. Im weiteren Verlauf seines Vortrages erläuterte er die unterschiedlichen Parkausweise für Schwerbehinderte Personen. Des Weiteren erklärte er den Ausnahmetatbestand von Krankenfahrten.

Bei der medizinischen Versorgung müsse unterschieden werden zwischen Rettungsfahrzeugen und Privatfahrzeugen. In der weiteren Prüfung lässt die StVO aber keine Ausnahmen zu. Bei Apothekenlieferdiensten können nur in besonders dringlichen Fällen Ausnahmegenehmigungen erfolgen.

In den kommenden Sitzungen sollen weitere potenzielle Interessengruppen, wie soziale Dienste, Pflegedienst sowie die Versorgung hilfsbedürftiger Personengruppen vorgestellt werden.

Der Vorsitzende bedankte sich für die ausführliche Information.

Herr Wörle, Vertreter des Beirates für ältere Menschen, informierte, dass ab dem Jahr 2022 ein kostenloser Seniorenshuttle eingerichtet werden soll. Er bat darum zu berücksichtigen, dass Anfahrmöglichkeiten mit kurzen Wegen für die Senioren geschaffen werden sollten.

Frau Neumann, Bündnis 90/Die Grünen, lobte den Vortrag von Herrn Schmidt. Sie verstehe es als gelebte Teilhabe, wenn Vertreter von Beiräten in den Ausschüssen die Möglichkeit bekämen, sich zu äußern.

Herr Bakhtari bat darum auch die Ausnahmegenehmigung von Leichenwägen zu prüfen.

Die Ausschussmitglieder nahmen die Informationsvorlage zur Kenntnis. Der Vorsitzende bedankte sich, sicherte zu, die Vortragsunterlagen den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen und schloss den Tagesordnungspunkt. Die Power-Point-Präsentation ist als Anlage dieser Niederschrift ebenfalls beigefügt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Verschiedenes

<u>Handyticket</u>

Herr Triebel, FDP, fragte nach, ob der Verwaltung bekannt sei, dass Strafzettel an parkende Autos ausgestellt werden würden, obwohl die Halter ein Handyticket gelöst haben.

Herr Grewenig entgegnete, dass das Problem bekannt sei, drei der sieben Anbieter von Handytickets hätten zum 1. Oktober 2021, mit Beginn der Änderungen der Parkraumbewirtschaftung, ihren Zugang abgeschaltet.

Herr Schmidt führte weiter aus, dass es bei den Hilfspolizisten immer wieder zu Problemen beim Empfang der Daten komme. Diese Mängel sollen kurzfristig optimiert werden. Er sicherte zu, dass die Parkverstöße zurückgenommen werden, wenn die Halter der Fahrzeuge das Handyticket vorzeigen können.

Wlan im Ratssaal

Herr Ranalder, Die Linke, fragte nach, warum es für Ausschussmitglieder kein Wlan-Zugang im Ratssaal gebe. Es wurde ihm zugesichert, diese Frage an das Hauptamt weiterzuleiten verbunden mit der Bitte ihn entsprechend zu informieren.



Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Mobilitätsausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 27.10.2021 umfasst xx Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis xxx.

Vorsitzender

Lukas Hartmann

Brigitte Schlösser Schriftführer